

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags um 6 Uhr Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsl. Nr. 7248.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptionen für die Volkswacht sind zu beziehen bei den Expeditionen in den Provinzen. Preis für ein Jahr 10 Pfennige. Bei Vorbestellung 10 Pfennige. Bei Vorbestellung 10 Pfennige. Bei Vorbestellung 10 Pfennige.

Nr. 237.

Montag, den 11. October 1897.

8. Jahrgang.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Fünfter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

G. Hamburg, den 8. October 1897.

Die Sitzung wird von Singer eröffnet. Die Verhandlungen über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen werden fortgesetzt. Es liegt folgende Resolution vor: Der Beschluß des Kölner Parteitages, der den preussischen Parteigenossen die Beteiligung an den Landtagswahlen auf Grund des Dreiklassenwahlsystems untersagt, wird aufgehoben.

- Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche ermöglichen.
- Inwiefern eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Bezirke nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.
- Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:
 - Ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;
 - Ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.
- Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
 - Ihre Candidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag, für die Einführung des allgemeinen, gleichen directen und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßregeln zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volkrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen.
 - Ebenfalls auch einem socialdemokratischen Candidaten ihre Stimmen zu geben.
- Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes für ihre Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

Händel erhält das Wort der Correspondent. Siebenacht: Ich muß meinem Freunde Auer in der Frage, die uns hier beschäftigt, leider entgegenstehen. Darin aber bin ich mit ihm einverstanden, daß die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen eine Frage der Tactik nicht des Principes ist. Deshalb kann alles Persönliche ausgeschieden und ist alles Persönliche aus den schon mitunter leidenschaftlich geführten Debatten ferngehalten. Die Parteigenossen werden sich den hier gefaßten Beschlüssen fügen. Davon bin ich überzeugt, es wird nicht das Beispiel unierer sächsischen Genossen nachgeahmt werden, wo eine kleine Minorität die Beschlüsse der Majorität durchkreuzt hat und vielen Schaden gestiftet hat. Ueber die Verderblichkeit des Dreiklassenwahlsystems sind wir Alle einig, da sehen wir noch alle auf dem Kölner Beschluß. In der Sache selbst hat sich in der Partei ein Umschwung geltend gemacht. Warum weiß ich eigentlich nicht, denn meiner Meinung nach hat sich seit 1893 nichts geändert. Man sagt, die Juncker sind jetzt so mächtig geworden, daß ein preussisches Socialistengesetz nur mit ein paar Stimmen Majorität abgewendet worden ist. Ja, waren die Juncker nicht von jeher mächtig, war Bismarck nicht noch mächtiger? Ist König Sumner nicht ebenso gefährlich wie die Juncker? Die Neigung, Umsturzgesetze zu machen, geht nicht nur von den Junckern aus. Die haben den Landtagsparlamentarismus, wie den Reichstagsparlamentarismus, die wollen einen absoluten König. Wir haben es eben mit Gegnern zu thun, die den Parlamentarismus nicht so ernst nehmen, wie es noch vor uns einige Leute thun. (Bebel: Da hört doch Alles auf!) Die Verhältnisse haben sich noch verschlimmert, das Uebergewicht der 1. und 2. Klasse hat sich im Laufe der Zeit noch verstärkt. Es ist für uns ganz unmöglich aus eigener Kraft ein Mandat zu erringen. In Sachsen hat man das Wahlrecht noch

geheim gemacht, in Preußen besteht öffentliche Stimmabgabe. Jeder Wähler muß sozusagen Reue passiren. Wir haben nun in Sachsen die Probe gemacht. Die Anstrengung war groß und es ist nichts erreicht worden. Bedauerlich war die Haltung der Leipziger Genossen, sie hat gewiß lähmend gewirkt. Aber auch bei noch größerer Anstrengung wäre nichts erreicht worden. Wir sind in der ersten und zweiten Klasse so gut wie ohne Vertretung geblieben, haben alle unsere Mandate verloren. In dem einen Mandat, das für uns noch an einem Haare hängt, dürfte die Partei noch ein Haar finden. Es kann nur erlangt werden durch einen Compromiß mit den Antifemiten. Da sage ich, lieber noch pactare ich mit einem ehrlichen Conservativen, als mit dieser Demagoggen-Partei, die heute so, morgen so spricht. (Sehr richtig.) Auer hat mir gestern eine etwas geringschätzigte Aeußerung über das allgemeine Wahlrecht aus dem Jahre 1869 vorgehalten. Ich nannte das allgemeine Wahlrecht ein Spielzeug, wohl gemerkt aber das allgemeine Wahlrecht unter dem Despotismus. Ich gebe zu, aus dem Spielzeug ist heute eine mächtige Waffe geworden. Die Verhältnisse haben sich geändert. Ich habe mich damals über die Entwicklung der Verhältnisse geäußert. Ich gebe zu, daß ich mich geirrt habe. Wer einen Fortschritt nicht einseht, wer sich nicht fortentwickelt, von dem halte ich nicht viel. Mit der Dreiklassenwahl hat diese ganze Sache aber nichts zu thun. Wollen wir unter diesem System etwas erreichen, so müssen wir mit anderen Parteien pactiren. Von einem Bündniß mit der Fortschrittspartei ist gesprochen worden. Mit einem Leichnam aber kann man sich doch nicht verbinden. Die Fortschrittspartei aber ist heute ein Leichnam. Gestern führte man Männer wie Johann Jacoby, Guido Weiß an. Wo sind solche Leute heute. Johann Jacoby war Socialdemokrat und Guido Weiß in seinem Innern auch, er ist nur bei seinem hohen Alter aus der Reihe der Combatanten ausgeschieden. Die heutige Fortschrittspartei ist nicht mehr demokratisch und eine Junckermajorität wäre mir lieber als eine fortschrittliche Majorität. (Widerspruch.) Ja, wohl, ich will Ihnen auch sagen warum. Eine Junckermajorität macht die Massen auf, die fortschrittliche würde sie einhalten. Unsere Genossen sind für Handelsgeschäfte nicht geeignet. Denken Sie an den Fall in Essen, wenn das am grünen Holz des Reichstags-Wahlsystems geschehen? Bedenken Sie die Verwirrung, die eine Hauptgefahr des Compromisses ist! Bei der Landtagswahl für Münster und Parisius, bei der Reichstagswahl gegen Richter und Parisius. Solche veränderte Tactik hält die bestgeladene Armee nicht aus, auch unsere Partei würde davon viel Schaden haben. Die Reichstagswahlen scheiden hier ganz aus. Sie bewegen sich auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts, da sind wir im eigenen Hause. Bei den Landtagswahlen müssen wir in das Haus der Gegner gehen. (Sehr richtig und Widerspruch.) Die Partei muß ihren proletarischen Charakter behalten und deshalb mit Eugen Richter Hand in Hand gehen, schrieb ein Parteigenosse. Ich glaube, bei diesem Manne wußte der Kopf nicht, was die Finger geschrieben haben. Eine Proletariatspolitik unter der Egide Eugen Richters ist doch eine Unmöglichkeit. Als ich sagte, der Landtag solle verfallen, habe ich damit doch nicht sagen wollen, wir sollen die Hände in den Schooß legen. Bekämpfen wir nicht fortwährend den Capitalismus und die heutige Gesellschaft. Liegt aber der Schwerpunkt nicht im Reichstag für diesen Kampf? Wo wir aus eigener Kraft hinkommen können, nur zu! Der Reichstag ist ein lebendiges Ding, was für eine moralische Stellung nimmt der preussische Landtag gegen den Reichstag ein. Je reactionärer er wird, um so unansehnlicher wird er. Ich rathe der Partei also von der Beteiligung entschieden ab. Unser Stolz war es bisher, den Kampf gegen alle Parteien geführt zu haben und doch siegt zu haben. Kampf gegen alle capitalistischen Parteien, das war die einfache den Massen verständliche Lösung. Diese Tactik sollen wir jetzt auf einmal aufgeben. Die Einheit der Partei, der Klassenstandpunkt der Partei würde leiden. Ich verschließe mich nicht den gegebenen Verhältnissen. Aber hier zwingt uns nichts. Wir sind allem stärker als in der Alliance mit dem Fortschritt. Denken Sie an die biblische Fabel von Simon, hüten wir uns vor den Delitas des Liberalismus und Opportunismus. Ich habe Ihnen weiter nichts zu empfehlen, als den Kölner Beschluß in allen seinen Theilen aufrecht zu erhalten. (Beifall.) Wir kommen in den Schacher und den Handel, das ist schämlicher als der sogenannte Nothheil, ein Duzend Fortschrittlicher in den Landtag mehr zu bringen. Die Fortschrittspartei gewinnt nicht viel, die Socialdemokratie wird geschwächt. Darum principis obsta. Ich will hier nicht Zeremonien anstellen. Sollte der Parteitag nicht in meinem Sinne beschließen, so wird er diesen Fehler sicher im nächsten Jahre

wieder gut machen, denn bis dahin wird er ihn schon eingesehen haben. Unsere Partei ist stark genug, um auch die Folgen eines tactischen Fehlers ertragen zu können. (Beifall und Widerspruch.) Zu Beil. Berlin: Auer hat gestern eine weitestgehende Rede für die Beteiligung gehalten, in Köln hat aber Bebel eine ebenso glanzvolle Rede dagegen gehalten. Die Frage der Tactik soll eine Frage der Zeit sein, ob es aber angängig ist, die Tactik in so kurzer Zeit zu ändern, ohne Verwirrung zu stiften, die Frage wird uns wohl nächstens Bebel beantworten. Nächstens steht wohl ein Parteigenosse auf und wird uns die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen empfehlen, wir sind auf dem besten Wege dazu. Auer hat die Communisten angezogen, er möge dafür sorgen, daß das Landtagswahlrecht so geändert werde, daß die dritte Klasse ihre Candidaten für sich wählt. Die Frage ist eine preussische, die übrigen außerpreussischen Parteigenossen mögen mit discutiren, aber beschließen sollen sie in dieser Frage nicht. Wir haben uns in die sächsischen Wahlfragen auch nicht gemischt. Sonst müssen wir einen Antrag einbringen, daß die Beschlüsse für alle deutschen Landtage bindend sind. (Sehr richtig.) Nur aus eigener Kraft dürfen wir liegen.

Dertel. Nürnberg: Die bayerischen Genossen empfehlen die Wahlbeteiligung, weder Liebknecht noch weniger aber Zubeil konnten meine Ueberzeugung wankend machen. Man spricht hier immer vom Erfolg. Ich meine doch, wir haben das Hauptgewicht auf die Vermehrung des Agitationsstoffes zu legen. Die größte Partei im größten deutschen Bundesstaat darf sich nicht in Negation gefallen. Wir bayerischen Genossen sind gegen Compromisse. Mit den Freisinnigen dürfen wir keinen Pact abschließen. Ich kann die in der Partei verübten Stegmüllereien nicht statisch nachweisen. Ich bin aber überzeugt, es werden schon mehr Stegmüllereien verübt, als man weiß. Compromisse würden nur Verwirrung stiften. Ich meine, wir treten in die Wahlbeteiligung ein ohne jeden Compromiß. Was erreicht wird, wird dann aus eigener Kraft erreicht. (Beifall.)

Berner. Berlin ist gegen Wahlbeteiligung. Im „Vorwärts“ habe man für die Beteiligung Stimmung gemacht, indem man die Reden von Bebel und Auer in spaltenlangen Berichten veröffentlicht hat. Denken Sie aber an die Situation in Berlin. Wir im 3. Kreise müßten bei der Wahl für den Landtag sagen: Alle Mann für Mundel. Bald darauf finden die Reichstagswahlen statt und wir müßten den Mundel herunterreißen, daß es eine Art hat. Ich stehe auf Liebknechts Standpunkt und bitte Sie, den Kölner Beschluß aufrecht zu erhalten. Für Anstandsgeheimhaltung will ich es, daß nur preussische Delegirte über die Frage abstimmen. Wir werden durch den Antrag auf namentliche Abstimmung feststellen können, ob alle nicht preussischen Genossen dieser Anstandsgeheimhaltung genügen werden.

Vorsitzender Singer: So lange kein Beschluß vorliegt, wäre es kein mangelndes Anstandsgefühl, wenn die außerpreussischen Genossen mit abstimmen.

Stolle. Gera tritt auf Grund der sächsischen Erfahrungen für die Beteiligung ein. Noch nie waren die Genossen so erbittert, wie bei den eben verflochtenen Landtagswahlen. Einen Streich haben uns nur die Leipziger Genossen gespielt, sonst wäre die Beteiligung härter gewesen. Aber geradezu in gemelter Weise hat man von Leipzig aus gegen uns gekämpft. Wie kann eine Armee zum Siege geführt werden, wenn ein Flügel nicht mit angreift. Ich klage die Leipziger Genossen an, daß sie schuld daran sind, daß wir mehrere Wahlkreise verloren. (Rufe zur Sache. Preussische Landtagswahlen.) Die „Leipziger Volkszeitung“ war schuld daran mit ihrer Redaction, daß wir aus Festungen herausgeworfen worden sind.

Singer rügt den Ausdruck Gemeinheit. Ulrich. Offenbach: Wir Hessen haben auf der Landesconferenz beschlossen, dahin zu wirken, den Kölner Beschluß aufzuheben. Damit die Genossen in Preußen freie Hand haben. Wir wollen den Preußen Freiheit lassen. Ich bedaure, meinem alten Freund Liebknecht nicht zustimmen zu können. Ich bin entschieden für die Wahlbeteiligung. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, aber die Entwicklung geht dahin, daß auch Leute des Mittelstandes zu uns kommen, so daß wir mit der Zeit auch in der 2. Klasse Erfolge erzielen können. Die Wichtigkeit der Stimmabgabe ist kein unüberwindliches Hinderniß, auch Wahlmänner werden wir finden, das haben uns schon die Erfahrungen in Hessen gelehrt. Ich bin auf Grund dieses Wahlmännersystems in den hessischen Landtag gewählt worden. Nicht der sächsischen Genossen der Fortschrittler, was uns uns Richter und Parisius, sondern unserer eigenen Genossen wegen sind wir für die Beteiligung. Den Landtag mag endlich Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir müssen dem Volke zeigen, was

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von H. C. Brachtzel.

35] Rieger, so rücksichtslos brutal er war, so ungeheuer er mit Gaskognepfaherieren Allen. Hojn sprach, was nicht zum Hofe gehörte, hatte sich doch noch nicht an den Gedanken gewagt, dieser Truhe, in welcher sich zwischen sechs bis acht Millionen, der Bestand vieler Jahre, befinden mochten, einen Besuch zu machen. Gutwillig mit der Landschaft zu dem Erbe zu reden, war nicht möglich, denn das hiesse seinen Schwiegervater der Cassation und Streichung von der Prälatenbank aussetzen; ferner aber sah er in der immer größer werdenden Startlosigkeit der Landschaft das einzige kräftige Gewicht gegen seinen Rivalen Montmartin. Er verließ sich vielmehr auf seine geheimen cameralistischen Entwürfe, mit denen er vorrückte wollte, wenn der College an die Grenze seines Finanztalents gelangt sei und sich unmöglich gemacht habe. Dem agilen Herrn Reichsgrafen allein war es vorbehalten, den Versuch zu machen, das goldene Blies des Landesfädels aus den Klauen seiner schützenden Greife zu drehen. Er ließ die Landschafts-Einnehmer Ständlin und Hoffmann vor sich fordern und stellte ihnen das Ansuchen, die Truhe gegen General-Quittung Sr. Durchlaucht auszuliefern. Ohne Anweisung des höchsten Ausschusses, erwiderte Ständlin, dürfen wir keinen Groschen geben, wenn auch sämtliche Könige der Erde Quittung leisten! Allem Schmeicheln, Zureden, Versprechen legten sie Achselzucken, den Drohungen aber Hoffmann die Antwort entgegen: Uns hat die Landschaft eingesezt, nicht Ew. Excellenz, also brauchen wir Dieselben gar nicht zu fürchten, und damit uns

Niemand Heimlichkeiten vorwerf, werden wir unsere ganze heutige Audienz dem Wohlleben Ausschuß zu Protokoll geben! Damit war es also nichts. — Der Ausschuß belobte seine Einnehmer, remonstrirte beim Herzog gegen die Verleitung der Landschaftsbeamten zu Betrug und Untreue, was natürlich fruchtlos blieb — und Rieger lachte zu Magister Fischer: „Das ist recht! Gebt dem Kerl keinen Groschen, er muß springen!“ Der ehemalige Auditor war indeß ein Filou auf doppelte Weise, nicht allein, daß er seinem Rivalen, wo irgend möglich, entgegenarbeitete, er suchte sich auch für alle Conzialitäten dadurch zu decken, daß er an Prinz Ludwig, der nun geradezu Vögner des Herzogs, seines Bruders, und an Prinz Friedrich Eugen in Preußen alle Geheimnisse seines Terra verrieth, ja zu einem Invasionsproject Friedrich II seine Hand bot. Rieger argumentirte, daß Friedrich II. endlich doch liegen, Friedrichs Schicksal rächen werde zu Gunsten von Karl's Brüdern. Zu Berlin waren Aeußerungen gefallen, deren Sinn unweidentlich genug erschien. Mindestens fühlte Rieger dunkel, daß die bisherige Wirthschaft eb'n nicht ewig gehen könne, — er wollte sich ein Lustloch vorbehalten. — Es war Ende März 59, als dem statlichen Herrn Emergali von einem Valaten ein Briefchen übergeben wurde, bei dessen Aufschrift ihm etwas schwach zu Ruthe wurde. „Nun leset doch, Herr,“ lächelte der Diener, „es kommt von einer alten Herrschelstein, der Jungfer Weering. Hat mir's selbst gegeben, als ich im Portal stand, nicht etwas jämmerlich aus: — alte Liebe roset nicht!“ „Narrheit! Was hab' ich mit ihr zu schaffen? Ich sah sie keine dreimal. Hätte viel zu thun, wenn ich mich um jedes Frauenzimmer kümmern sollt, das mir nachläuft!“

„Nun, nun, 's ist ja gut. Mitunter, mein' ich, mag das verteuert unbecquem sein, wenn Einem so die Damens und Mädels nachlaufen. Das kann freilich bloß ein erster herzoglicher Käufer aushalten.“ Mit höhnischem Blick entfernte sich der Diener. „Höllenhimmelskerl, sie ist zurück! Das ist mein Unglück, bei Gott! — Was schreibt die Creatur denn?“ „Einziger Pepino! — Bei elendem Wetter kam ich gestern von Bayreuth zurück und bin bei meiner Freundin, der Pugmacherin Ziebler. Ach Gott erbarme sich, Alles ist in Bayreuth heraus! Als die alte Frau Marktgräfin kummervoll gestorben war, hab' ich in meiner Gewissensangst nicht mehr Rath gewußt, bin zum Pfarrer gegangen, und der hat es der armen Durchlaucht Herzogin wiedergefagt. Da haben sie mich denn verhört und dann auf dem Schul fortgejagt. Ich bin recht krank und habe nichts. Du mußt mir helfen! Komm bald, Deine unglückliche Weering.“ Pepino hielt sich am Armortisch der Antichambre, um nicht zusammenzubrechen. Der Anglistenweiß brach ihm aus. Alles drehe sich um ihn im Kreise. — Als er sich mühsam ein wenig gefaßt hatte, eilte er, zum Glück dienstreif, zu Montmartin, nicht ahnend, was um ihn vorging, noch weniger, daß ihm Jemand folgte, der ihn aufmerksam beobachtung unterzog. In seiner Hast bemerkte er nicht einmal, daß ihm der Brief entfiel, den der Andere sofort aufhob und verbar. Montmartin's Haus in der rothen Gasse betretend, wendete er sich vorher kurz um, als fühlte er instinctmäßig, daß Jemand folge, Regierungsrath Gro in ging gesenkten Hauptes still vorüber. Wie Pepino vor Montmartin trat, war er vor Angst nicht fähig zu sprechen. Er suchte in allen Taschen nach dem Briefe, — der Brief war fort!

Deshalb sage ich, die Zunkerfreiheit ist uns förderlicher. Die Facit bei den Stichwahlen ist etwas anders. In der Resolution Bebel wird aber eine Bundesgenossenschaft mit dem Freisinn verlangt. Einen Theil unserer Grundzüge geben wir bei solcher Bundesgenossenschaft für den Augenblick auf. Ohne Schaden und Handel können wir keine Mandate erringen. Der Vorstand wird alle diese Verhandlungen nicht überwachen können, er wird schmächtige Compromisse oft nicht verhindern können. Der Beweis, daß der Kölner Beschluß ein guter sei ist sehr leicht. Er stellt den Klassencharakter der Partei unzweifelhaft fest und das ist überaus werthvoll. Die anderen Landtagswahlen gehören nicht hierher, sie sind auf anderer Grundlage vollzogen worden. Wenn ich mir sage, das Einzige was erreicht werden kann sind 10 Siege für die bürgerliche Opposition, so frage ich mich: Wird dadurch die Zunkerherrschaft beseitigt? Wir Gegner der Beteiligung sind nicht Gegner des politischen Kampfes überhaupt. Wir legen diesen Kampf in den Reichstag. Der Freisinn, der bei der letzten Reichstagswahl aus eigener Kraft nicht ein Mandat erobern konnte, ist nicht im Stande, dem Zunkerthum und seinem Uebermuth einen Damm entgegen zu setzen. Da müssen wir uns schon auf uns selbst verlassen. Umlänglich werden wir den Damm errichten. Mag der Freisinn nur gegen die absolutistischen Neigungen Front machen. Das ist noch kein Grund, ihm nachzulaufen und mit ihm Bündnisse zu schließen. Die Kraft, das Zunkerthum zu schlagen, liegt nur in der Arbeiterschaft, im Proletariat. Die Kraft aber nehmen wir ihm, wenn wir ihm den Klassencharakter nehmen. Damit wir wie Genossen Zeilen gesagt hat, morgen und übermorgen schlagen können, lehnen Sie den Antrag auf Aufhebung des Kölner Beschlusses ab. Folgen Sie dem Bebel von Köln und nicht dem Bebel von Hamburg.

Die Abstimmung wird auf Sonnabend früh vertagt. Singer verliest ein Telegramm, wonach in Pagen, bei Hochburg Eugen Richters, die Arbeiter sämmtliche Sitze der Arbeitnehmer im Gewerbegericht erobert haben. Damit schließt die Sitzung.

Politische Rundschau.

Der Parteitag der Socialdemokratie Deutschlands

Ist, nachdem er an sieben Tagen elf Sitzungen abgehalten, am Sonnabend Nachmittag geschlossen worden. Wie vorausgesehen war, concentrirte das Hauptinteresse des Parteitages sich auf die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Mit außerordentlicher Gründlichkeit ist diese Frage erörtert worden. Die große Majorität entschied sich für die Aufhebung des Kölner Parteitagbeschlusses und für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen unter Abweisung von Compromissen mit gegnerischen Parteien.

Seinen Abschluß fand der Parteitag sodann mit der Erledigung der Organisationsfrage und der Wahl der Parteileitung. Der alte Parteivorstand ist wiedergewählt worden und zwar mit dem Sitze in Berlin. Das Provisorium des geschäftsführenden Ausschusses hat damit sein Ende erreicht.

So hat denn der Parteitag seine Aufgaben in einer Weise erledigt, welche die frohe Zuversicht rechtfertigt, daß die Partei, innerlich gekräftigt, den unvermeidlichen neuen Kämpfen für die Sache des Volkes siegesbewußt entgegengeht. Die zu Tage getretene Divergenz der Meinungen in den tactischen Fragen wird der Einmüthigkeit des Handelns sicherlich nicht hinderlich sein.

Vorwärts! Hoch die Socialdemokratie!

Der § 2000

der sächsischen Justizordnung — man hielt die hohe Ziffer wohl allgemein für einen Schreib- oder Druckfehler — existirt wirklich. Sächsische Parteiblätter erwarben sich das Verdienst, diesen Paragraphen, oder vielmehr dessen fünften Absatz, welcher von der sächsischen Regierung zur Rechtsfertigung der Fesselung des Redacteurs Schulze in Dresden angezogen wurde, an's Licht zu bringen. Der Paragraph lautet in dem in Betracht kommenden Abschnitt:

Für jeden Transport von Personen, die mögen verhaftet, vorgeführt oder von einem Gefängnis nach dem anderen überführt werden, gelten im Allgemeinen folgende Vorschriften:

1) Fluchtversuchen und Durchbrechereien ist mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Im Nothfalle ist der Gefangene zu fesseln, namentlich a. wenn er früher schon sich als gewaltthätig gezeigt oder einen Fluchtversuch unternommen hat oder doch hierzu geneigt erscheint.

b. wenn er eines schweren Verbrechens beschuldigt oder zu Todesstrafe, Zuchthaus oder längerer Gefängnisstrafe verurtheilt ist.

c. wenn der Transport während der Dunkelheit ausgeführt werden muß.

Die Fesselung soll thunlichst unauffällig sein. Eine Hand fesselt genüge oder ob festeres Schließzeug angewendet sei, ist nach der Person des Gefangenen (Körperkraft, Gefährlichkeit) zu bemessen. Widerriß der Gefangenen der Fesselung oder der Art der angelegten Fesseln, so ist, wenn es angeht, die Entscheidung der auftraggebenden Stelle einzuholen.

Gefährliche, schwache, hochbetagte und andere Gefangene, bei denen ein erfolgreicher Fluchtversuch ausgeschlossen erscheint, werden nur unter ganz besonderen Umständen gefesselt.

Die Fessel kann auch durch andere geeignete Mittel, z. B. durch Abnahme der Hosenträger, ersetzt werden.

Aus diesem Wortlaut ergibt sich unzweifelhaft, daß weder ein Zwang zur Fesselung bestand, noch daß überhaupt eine gegründete Ursache dazu vorlag. Die Fesselung ist behauptet worden trotz des energischen Protestes des Gefangenen, also geradezu in Widerspruch mit der amtlichen Vorschrift. Aus allen diesen Feststellungen ergibt sich nur das eine, daß die sächsische Regierung nicht gewillt ist, weder die Beamten, welche in solcher Weise gegen politische Gefangene verfahren, zu rectificiren, noch überhaupt grundsätzlich an der Fesselungsmethode etwas zu ändern.

Zwei neue Gesetzentwürfe. Im Reichsamte des Innern sind nach der „Frankfurter Zeitung“ zwei Gesetzentwürfe in Vorbereitung. Der eine betrifft die Regelung der Arbeitszeit der Handelsangestellten. Es wird darin versucht, einen Maximalarbeitstag dadurch herzustellen, daß Häuser von bestimmter Länge — Mittags und Nachts — angeordnet werden. Der andere Entwurf betrifft die Kaufmännischen Schiedsgerichte. Diese sollen den Amtsgerichten angegliedert und die Richter aus-
geloost werden, gleich den Schöffen. Ein Wahlverfahren, wie

es für die Gewerbegerichte besteht, scheint die Regierung nicht acceptiren zu wollen. — Öffentlich wird es möglich sein, diese Entwürfe noch in der bevorstehenden Session des Reichstages zu berathen und womöglich in eine Form zu bringen, die den Interessen der Handelsangestellten wirklich entpricht.

Das Marineseptennat. Wie die „Neue Berl. Corresp.“ hört, legt die Regierung Werth darauf, „den nach ihrer Ansicht für die Befristung zur See und für den Schutz der überseeischen Interessen erforderlichen Ausbau der Flotte auf eine für längere Zeit festgelegte, gesetzliche Grundlage zu stellen, damit die Flotte in ihrem inneren Ausbau Ruhe hat und die Regierung der Nothwendigkeit enthoben wird, in jedem Jahre mit dem Reichstage zu feilschen. Von diesem Standpunkte aus habe das Staatsministerium die Marinevorlage behandelt und die preussischen Vertreter im Bundesrath in diesem Sinne instruiert. Die Vorlage enthalte thatsächlich einen Instandhaltungs- und Flottenvermehrungsplan für die nächsten sieben Jahre, der einen Kostenanfang von rund 410 Millionen Mark beansprucht.“ — Es kommt also das Septennat — wenn der Reichstag keinen Strich durch die Rechnung macht.

Zwischen den beiden Fractionen des Freisinn wird der Zwiespalt immer heftiger. Jetzt giebt die Marinefrage Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen. Abg. Dr. Barth hat kürzlich in einer Rede sich sehr geneigt erklärt, den Marineforderungen der Regierung weit entgegenzukommen. Die „Freis. Ztg.“ des Abgeordneten Richter wirft ihm nun vor, daß er früher einen ganz anderen Standpunkt eingenommen habe, und das führende Blatt der freisinnigen Volkspartei wendet sich in scharfer Absage gegen die „fortgesetzte Rechtsentwicklung der freisinnigen Vereinigung“.

Zur Flottenagitation. Die „Berliner Volkszeitung“ meldet: Ein im Sinne der Regierung gehaltenes, für Arbeiterkreise berechnetes Blatt, das für die Interessen der deutschen Flotte eintreten will, soll in kurzer Zeit ins Leben gerufen werden. Das Blatt wird voraussichtlich den Titel „Der Werftarbeiter“ führen. Es ist beabsichtigt, das Blatt von der Marineverwaltung aus oder aus anderen Mitteln zu subventioniren. — Da wird denn doch das Parlament auch noch ein Wortchen mitreden.

In den sächsischen Landtag wurden am Sonnabend gewählt: 17 Conservative, 11 Nationalliberale und 2 Fortschrittler. Der sächsische Landtag zählt somit künftig 50 Conservative, 19 Nationalliberale, 5 Fortschrittler und 8 Socialdemokraten.

Die socialdemokratischen Abgeordneten im bayerischen Landtage brachten einen Antrag ein auf directe Abgeordnetenwahl und Berechnung der auf die Wahlkreise treffenden Bevölkerungsziffern jeweils nach der letzten Volkszählung.

Der sächsische Landtag wird amtl. auf den 9. November einberufen.

Griechenland.

Das neue Ministerium, welches den entgiltigen Frieden schließen und dem Staat aus seiner verweifelten Lage heraushelfen soll, findet eine allmählich wachsende Majorität in der Kammer. Die Regierung beabsichtigt, gegenwärtig Vorverhandlungen für die Kriegsschuldabigungsanleihe nicht zu beginnen, da die Frage der Fassung der Controlverordnung und Vereinbarungen mit den alten Gläubigern dringender sei, wodurch die Emission der Anleihe erleichtert werde. Man hat in Athen die Hoffnung nicht aufgegeben, daß alle oder einige Mächte die Anleihe garantiren werden. Die Presse drängt das Cabinet, diese Garantie zu erlangen zu suchen. „Aty“ tadelt in der Besprechung des Weizsachers das Cabinet Ralli, das den Rath Sanotau, die Außereinanderetzung mit den alten Gläubigern, um Deutschland zu entlasten, nicht befolgte.

Türkei.

Auf Kreta herrschen immer noch traurige Zustände. Infolge der dort circulirenden Gerüchte, daß auf Betreiben Deutschlands demnächst eine größere belgische Truppenmacht die Insel besetzen werde, errichteten die Insurgenten im Innern Verteidigungswerke, sowie auf dem Plateau von Akrotiri ein besetztes Lager. Sie beabsichtigen, nach letzterem Orte die revolutionäre Nationalversammlung einzuberufen, um weitere Schritte zu beschließen. Zugleich wird von den Insurgenten eine Polizeitruppe eingerichtet werden, die Gewaltthaten unbotmäßiger Insurgenten verhindern und die Sicherheit auf der ganzen Insel herstellen soll.

Spanien.

Das neue Ministerium scheint wenigstens einige der schlimmsten Thaten der früheren Regierung wieder gut machen zu wollen. Wie der „Intern. Corr.“ geschrieben wird, erklärte der Ministerpräsident Sagasta, die liberale Regierung werde die bisher gegen die Anarchisten erlassenen Ausnahmengesetze unbedingt aufrecht erhalten. Die Ueberbreitung derselben auf Grund königlicher Verordnungen jedoch strengstens vermeiden. Die Ueberbreitungen selbst werden also zugegeben. Ferner erklärte Sagasta, gegenüber der socialdemokratischen Partei halte er die Amtsentsetzung der ordnungsmäßig gewählten socialistischen Gemeinderäthe in den baskischen Provinzen für unzulässig und werde er die Zurückziehung dieser Maßregeln veranlassen. Der Justizminister hat bereits eine Commission zur Revision des großen Anarchisten-Prozesses ernannt. Heute wird die Commission das Actenmaterial dieses Prozesses prüfen und die Revisionsverhandlung vor dem obersten Gerichtshof einleiten. — Erhebliche Schwierigkeiten scheint die Abberufung des Generals Wepler von Cuba zu bereiten.

Frankreich.

Was Colonieen kosten! Die französische Regierung muß für Madagaskar, dessen Erfordernis im Staatshaushalt mit neun Millionen vorgesehen war, neunzehn Millionen nachfordern, da die Insel 1897 achtundzwanzig Millionen kostet. Für 1898 werden von vornherein achtzehn Millionen eingestellt, statt der acht Millionen des ersten Budgetjahres. Nun muß man wissen, daß der etwa entgegengesetzte Nutzen Madagaskars für das französische Volk gleich Null ist.

Norwegen.

Keine Demission. Der Ministerrath besprach die durch die Wahlfrage der Linken geschaffene Lage und beschloß einstimmig, keinen definitiven Entschluß wegen der Demission vor dem Abschluß der Wahlen zu fassen.

Arbeiterbewegung.

Die streikenden Maurer Leipzigs sind in einer Versammlung des Verlangens der Unternehmung, andere Personen als das inhabirte gewesene Streikcomité mit der Führung der Unterhandlungen zu betrauen, nachgekommen; gewählt wurden die Maurer Fischer, Stiegel, Jantp und Lufsky. Damit ist den Unternehmern jeder Vorwand benommen, sich der vom Oberbaurmeister Dr. Georgi angebotenen Vermittelung zu entziehen.

Die Radspanner der Draht-Fahrradwerke in Mannheim haben am 7. October wegen Lohnkürzung gekündigt. — Die Differenzen in den Draht-Fahrradwerken dauern fort.

Die Budapester Hutmacher beabsichtigen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Meister haben die von den Gesellen gestellten Forderungen unbeantwortet gelassen.

Kleine Rundschau.

Ein heftiges Erdbeben hat nach einer Depesche aus Manila auf Mindanao und im Sulu-Archipel Verluste an Menschenleben und beträchtlichen Sachschaden verursacht.

In Chicago ist man besorgt, daß die in der Umgegend wüthenden Prairiefeuer die Stadt ergreifen werden. Wellenweilt ist das Land deshalb umgepflügt worden, um den Flammen Einhalt zu thun. Cleveland und anderen westlichen Städten droht ein ähnliches Schicksal. Das Hindvich ist auf den Feldern verbrannt und Häuser sind eingestürzt worden.

Erzherzog „Emil“ Seperent wurde am Sonnabend in Vättich vom Justizpolizeigericht wegen Annahme eines falschen Namens in contumaciam zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt.

Erzboten aufgefunden wurden vier Arbeiter, die aus dem Waide hatten nach Klau bei Flume heimkehren wollen, ein Amsler konnte noch ins Leben zurückgerufen werden.

Barrillon-Proceß. Die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet: Das Oberlandesgericht Köln hat das Urtheil des Landgerichtes Düsseldorf im Barrillon-Proceß, soweit dies von dem Redacteur Otto und dem Verleger Ling in der Revision angefochten war, aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Telegraphie ohne Draht. Die von Prof. Slaby seit einigen Tagen mit Unterstützung der Luftschiffabtheilungen vorgenommenen Versuche, auf weite Entfernungen ohne Draht zu telegraphiren, führten nach der „Nat. Ztg.“ am vorigen Donnerstag zu einem außerordentlich befriedigenden Resultat. Von Rangsdorf an der Militärbahn in der Nähe von Jossen wurden elektrische Strahlen nach dem Übungsplatz der Luftschiffabtheilung in Schöneberg gesandt und dort durch einen Vorapparat aufgenommen. Die Entfernung beider Stationen beträgt in der Luftlinie 21 Kilometer. Bemerkenswerth ist, daß die Versuche gelangen bei außerordentlich ungünstigen atmosphärischen Verhältnissen. Die Luftleitricität war so stark, daß die an den Fessellballons angebrachten, zur Aufnahme der elektrischen Wellen dienenden Drähte nicht berührt werden konnten ohne heftige elektrische Schläge. Die Deutlichkeit der telegraphischen Zeichen wurde trotzdem darauf nicht beeinträchtigt. Die in Rangsdorf aufgegebenen Depeschen kamen in Schöneberg mit toller Klarheit an. Die Versuche wurden von Professor Slaby persönlich mit Unterstützung seiner Assistenten Dr. Lieg und Graf von Arco geleitet.

Ueber neue Engelmaherrien en gros, ähnlich denen des Neapeler Fingelhauses, weiß der „Corriere della Sera“ zu berichten. Im Fingelhaufe zu Padua befanden sich von 1892—1896 nämlich 345 Kinder, die künstlich ernährt wurden. Von diesen 345 Kindern starben nun 325! Es ergibt sich für das herrliche Institut also eine durchschnittliche Kindersterblichkeit von 94,20 Procent, die im Jahre 1893 sogar auf 97,14 steigt. „Es heißt“, daß die Enquete, der wir obige Daten verdanken, ein gerichtliches Nachspiel haben werde. Allerdings, so „sieh es“ auch, als die Schändlichkeiten des Neapeler Fingelhauses bekannt wurden — und es geschah trotzdem nicht. Und doch wäre es schön und patriotischer gewesen, hätte die italienische Sentimentalität sich damals weniger mit kreischen und armenischen Greueln beschäftigt als mit denen im eigenen Hause . . .

Lokales.

Breslau, den 11. October 1897.

* Schutz gegen Hochwasser. Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, ist Prof. Dr. Inze mit der Prüfung der Frage betraut, inwieweit und mit welchen Maßgaben sich Anlagen dieser Art für Zwecke des Schutzes gegen Hochwasser in den schlesischen Gebirgen empfehlen. Aber schon vorher ist, und zwar unabhängig davon, von der Standesherrschaft Warmbrunn, zu welcher ein großer Abschnitt des preussischen Theils des Riesengebirges gehört, der Plan eines sich von Warmbrunn über das ganze preussische Riesengebirge von Hlinsberg bis Schmiedeberg erstreckenden Systems von Sammelbecken nebst Gräben entworfen, welche die Kraft für ein Netz von mit elektrischer Kraft betriebenen Kleinbahnen von zusammen über 100 Kilometer Länge liefern und zugleich dem Schutze gegen Hochwasser dienen sollen. Der betreffende Plan unterliegt noch der Prüfung der zuständigen Provinzialbehörde.

* Die Herbst-Controllversammlungen des Hauptmeldeamts Bezirkscommandos I Breslau pro 1897 für die Provinzial-Infanterie in der Stadt Breslau finden wie folgt statt: 1. Weibtheilung (Bezirksfeldwebel Anders) auf der Friedrich-Wilhelms-Platz im Bürgerwerder Dienstag, den 2. November: Jahresklasse 1893, Buchstaben A—K Vormittags 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr. 2. Weibtheilung (Bezirksfeldwebel Weidner) auf dem Weidenplatz (Biehweide) Freitag, den 5. November: Jahresklasse 1891, Buchstaben A—K Vormittags 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr; Sonnabend, den 6. November: Jahresklasse 1895, Buchstaben A—K Vormittags 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr. 3. Weibtheilung (Bezirksfeldwebel Müller) auf dem Weidenplatz (Biehweide) Donnerstag, 4. November: Jahresklasse 1892 bis 1896, Buchstaben A—K Vormittags 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr. 4. Weibtheilung (Bezirksfeldwebel Hoffmann) Dienstag, den 2. November, auf dem Weidenplatz (Biehweide): Jahresklasse 1890, Buchstaben A—K 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr; Mittwoch, den 3. November: Jahresklasse 1894, Buchstaben A—K Vormittags 8 Uhr, L—Z Vormittags 10 Uhr. — Bei den Control-Versammlungen werden außerdem zum Festsetzen von Voraussetzungen werden und wird dementsprechend die Controlversammlung diesmal eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Gleichzeitig wird bemerkt, daß bei den bevorstehenden Control-Versammlungen eine Revision der bei der Frühjahr-Controllversammlung aufgegebenen Befehle vorgenommen werden wird, und soll die Revision sich lediglich darauf erstrecken, ob bei sämtlichen Mannschaften die in Rede stehenden Befehle, wie angeordnet, in dem Militärdag eingelebt sind. Die Controlversammlungen des Hauptmeldeamts II Bezirks-Commandos I Breslau für die Specialwaffen finden statt: 5. Weibtheilung (Bezirksfeldwebel Lamm) im Bürgerwerder-Cercle auf dem Infanterie-Platz, den 3. November: Oekonom-Forstwerker der Provinzial-Waffen, Jahresklassen 1890—1895 Vormittags 8 Uhr; Provinzial-Cavallerie, Jahresklassen 1890—1896 Vormittags 10 Uhr, Donnerstag, den 4. November: Provinzial-Ordnungsträger, Jahresklassen 1890—1895, Vormittags 8 Uhr; Sanitäts- und Veterinär-Personal und Militär-Väter der Provinzial-

